

06.11.2017

Kleine Anfrage 495

des Abgeordneten Guido van den Berg SPD-Fraktion

Wie viele Polizeibedienstete aus NRW sind in der Türkei vom dortigen Nachrichtendienst bespitzelt worden?

In „Die Welt“ vom 17. September 2017 hat der Innenminister von Nordrhein-Westfalen in einem Interview dargestellt, dass Polizisten, Dolmetscher und Beschäftigte der Sicherheitsbehörden aus NRW Opfer von Spitzeln türkischer Nachrichtendienste bei Besuchen in der Türkei geworden sind. Innenminister Reul hat deshalb eine Warnung an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter formuliert und diese begründet:

„REUL: Weil wir von Fällen wissen, in denen Mitarbeiter unserer Sicherheitsbehörden von der türkischen Seite beobachtet wurden, wenn sie in die Türkei reisten.

DIE WELT: Wen betrifft das?

Reul: Das kann vom Polizisten über den Dolmetscher bis zum Regierungsbeschäftigten im Ministerium jeden treffen. Uns sind Fälle bekannt, in denen solche Türkeistämmigen ihre Familie in der Türkei besuchen wollten – und dann an der Grenze einfach festgehalten wurden. Die türkischen Sicherheitskräfte wollten von den Mitarbeitern dann zum Beispiel wissen, was sie denn so als Polizisten in NRW täten und welche Kontakte sie besäßen.“

In der Sitzung des Innenausschusses am 19. Oktober 2017 wurde der Tagesordnungspunkt: „Welche aktuellen Erkenntnisse liegen der Landesregierung im Hinblick auf die Tätigkeit türkischer Nachrichtendienste in Nordrhein-Westfalen und die Observierung deutscher Staatsbediensteter durch türkische Sicherheitsbehörden vor?“ auf Antrag der SPD-Fraktion beraten. Die Landesregierung legte mit der Vorlage 17/195 einen Bericht vor, in dem mit Blick auf die vier türkischen Generalkonsulate in Düsseldorf, Essen, Hürth und Münster für NRW festgestellt wird:

„Erfahrungsgemäß werden auch offizielle Repräsentanzen genutzt, um nachrichtendienstlich tätig zu werden.“

Auf meine Frage in der Innenausschusssitzung hin, wie viele Betroffene aus NRW dem Ministerium bekannt sind, die in der Türkei vom dortigen Nachrichtendienst bespitzelt wurden,

Datum des Originals: 30.10.2017/Ausgegeben: 06.11.2017

konnte die Landesregierung keine Zahl nennen sondern führte aus, dass man einen erweiterten Begriff von Polizei nutzen sollte.

Um die Bedrohungslage für Polizistinnen und Polizisten bei Türkeireisen richtig beurteilen zu können, ist es wichtig, die Dimension der bislang beobachteten Bespitzelungen von Polizistinnen und Polizisten aus NRW in der Türkei einschätzen zu können. Vor diesem Hintergrund frage ich bei der Landesregierung noch einmal konkret zu den Fallzahlen nach:

1. Von wie vielen Fällen hat die Landesregierung Kenntnis, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der NRW-Sicherheitsbehörden in der Türkei bespitzelt wurden?
2. Wie viele dieser beobachteten Fälle betreffen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte aus Nordrhein-Westfalen?
3. Wie viele dieser beobachteten Fälle betreffen Dolmetscherinnen und Dolmetscher aus Nordrhein-Westfalen?
4. Wie viele dieser beobachteten Fälle betreffen Regierungsbeschäftigte aus Nordrhein-Westfalen?
5. Hat die Landesregierung im Zuge des Austauschs mit den konsularischen Vertretungen der Türkei, ihre Sorge angesprochen, dass offizielle Repräsentanzen in Nordrhein-Westfalen für nachrichtendienstliche Zwecke genutzt werden? (Wenn ja mit welchem Ergebnis?)

Guido van den Berg